

# Inhaltsübersicht

Vorwort . . . . .	VII
Inhaltsverzeichnis . . . . .	XI
Einleitung . . . . .	1
Erster Teil: Grundlagen der Bundesstatistik . . . . .	15
§ 1. Die Bundesstatistik: Anwendungsbereich, Organisation, Grundsätze	17
§ 2. Das Geschäftsprozessmodell Amtliche Statistik (GMAS) . . . . .	55
§ 3. Datenschutz- und Statistikrecht in der Mehrebenenordnung – Regelungssystematik . . . . .	81
Zweiter Teil: Rechtmäßigkeit der Datenverarbeitung – Rechtsgrundlagen . . . . .	93
§ 4. Einwilligung – Statistiken auf freiwilliger Grundlage . . . . .	95
§ 5. Gesetzliche Verarbeitungsbefugnisse . . . . .	136
§ 6. Die Verarbeitung öffentlicher personenbezogener Daten – Beispiel <i>Web Scraping</i> . . . . .	198
Dritter Teil: Die Verarbeitung personenbezogener Daten zu statistischen Zwecken – Begriff, Garantien, Privilegien . . . . .	219
§ 7. Die statistischen Zwecke im Datenschutzrecht . . . . .	221
§ 8. Geeignete Garantien (Sicherungsvorkehrungen) . . . . .	249
§ 9. Statistikprivileg – Ausnahmen für die Verarbeitung zu statistischen Zwecken . . . . .	352
Vierter Teil: Entwicklungen der amtlichen Statistik . . . . .	467
§ 10. <i>Trusted Smart Statistics</i> – Datenschutzrechtliche Herausforderungen . . . . .	469
Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse in Thesen . . . . .	533
Literaturverzeichnis . . . . .	549
Sachverzeichnis . . . . .	575

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort . . . . .	VII
Inhaltsübersicht . . . . .	IX
Abkürzungsverzeichnis . . . . .	XXV
Einleitung . . . . .	1
A. Statistik und staatliche Informationsvorsorge . . . . .	1
B. Entwicklungen in der amtlichen Statistik . . . . .	5
C. Europäisierung des Datenschutzrechts . . . . .	7
D. Stand der rechtswissenschaftlichen Forschung . . . . .	9
E. Gegenstand der Untersuchung . . . . .	10
F. Gang der Untersuchung . . . . .	11

## Erster Teil Grundlagen der Bundesstatistik

<i>§ 1. Die Bundesstatistik:</i>	
<i>Anwendungsbereich, Organisation, Grundsätze</i> . . . . .	17
A. Gesetzgebungskompetenz: „Statistik für Bundeszwecke“ . . . . .	18
I. Verfassungsrechtlicher Begriff der Statistik . . . . .	19
II. Für Bundeszwecke: objektive Bundesaufgabe(n) . . . . .	21
III. Zuordnung kompetenzieller Zweckbündel – Abgrenzung zur Landes- und Kommunalstatistik . . . . .	23
IV. Verhältnis zur Unionsstatistik (Art. 338 AEUV) . . . . .	25
V. Materieller Gehalt der Statistikkompetenz? . . . . .	26
B. Aufgabenteilung und Zusammenarbeit im Statistischen Verbund – Verwaltungszuständigkeit . . . . .	29
I. Aufgaben der Statistischen Landesämter . . . . .	30
II. Aufgaben des Statistischen Bundesamtes . . . . .	31
III. Zusammenarbeit der statistischen Ämter (§ 3a BStatG) . . . . .	33
IV. Folgen für die datenschutzrechtliche Verantwortlichkeit – Beispiel Zensus 2022 . . . . .	36
1. Die statistischen Ämter als verantwortliche Stelle . . . . .	36

2. Entscheidung über die Zwecke und Mittel der Verarbeitung . . . . .	37
3. Bestimmung des Verantwortlichen durch den Gesetzgeber . . . . .	37
4. Beispiel: Verantwortlichkeit(en) im Rahmen des Zensus 2022 . . . . .	38
V. Zwischenergebnis . . . . .	41
C. Grundsätze der Bundesstatistik . . . . .	41
I. Neutralität (Unparteilichkeit) . . . . .	42
II. Objektivität . . . . .	44
III. Fachliche Unabhängigkeit . . . . .	45
IV. Weitere (ungeschriebene) Grundsätze . . . . .	48
1. Zuverlässigkeit (Reliabilität) . . . . .	49
2. Kostenwirksamkeit . . . . .	50
3. Statistische Geheimhaltung . . . . .	52
4. Transparenz . . . . .	53
<i>§ 2. Das Geschäftsprozessmodell Amtliche Statistik (GMAS) . . . . .</i>	55
A. Phase 1: Bedarf bestimmen . . . . .	57
B. Phase 2: Statistik konzipieren . . . . .	59
C. Phase 3: Produktionssystem aufbauen . . . . .	60
D. Phase 4: Daten gewinnen . . . . .	62
I. Teilprozess 4.1: Auswahlgrundlage erstellen und Stichprobe ziehen . . . . .	63
II. Teilprozess 4.2: Datengewinnung vorbereiten . . . . .	64
III. Teilprozess 4.3: Datengewinnung durchführen . . . . .	65
IV. Teilprozess 4.4: Datengewinnung abschließen . . . . .	66
E. Phase 5: Daten aufbereiten . . . . .	66
I. Teilprozess 5.1: Daten integrieren . . . . .	67
II. Teilprozess 5.2: Daten klassifizieren und kodieren . . . . .	68
III. Teilprozess 5.3: Daten prüfen und validieren (Fehlererkennung und Steuerung) . . . . .	69
IV. Teilprozess 5.4: Daten plausibilisieren und imputieren . . . . .	70
V. Teilprozess 5.5: Neue Merkmale und Einheiten ableiten . . . . .	73
VI. Teilprozesse 5.6 bis 5.8: Gewichte berechnen; Aggregate berechnen; Ergebnisdateien fertigstellen . . . . .	74
F. Phase 6: Ergebnisse analysieren . . . . .	74
G. Phase 7: Ergebnisse verbreiten . . . . .	76
H. Phase 8: Prozessdurchlauf evaluieren . . . . .	78
<i>§ 3. Datenschutz- und Statistikrecht in der Mehrebenenordnung – Regelungssystematik . . . . .</i>	81
A. Anwendungsbereich der Datenschutz-Grundverordnung . . . . .	82
I. Sachliche Reichweite: Anwendungsbereich des Unionsrechts . . . . .	82

II. Weite Auslegung in der Rechtsprechung des EuGH . . . . .	84
III. Folgerung für die Datenverarbeitung durch nationale Statistikbehörden . . . . .	86
B. Bereichsspezifischer Datenschutz im nationalen Statistikrecht . . . . .	87
C. Subsidiarität des Bundesdatenschutzgesetzes . . . . .	89
D. Verhältnis zum Data Governance Act (DGA) . . . . .	90

**Zweiter Teil**  
**Rechtmäßigkeit der Datenverarbeitung – Rechtsgrundlagen**

<i>§ 4. Einwilligung – Statistiken auf freiwilliger Grundlage</i> . . . . .	95
A. Vorgaben des Statistikrechts:	
Freiwilligkeit und Auskunftspflicht . . . . .	96
B. Datenschutzrechtliche Einwilligung: Grundrechtliche Steuerungsvorgaben und systematische Einordnung . . . . .	98
C. Allgemeine Voraussetzungen der Einwilligung – insbesondere Freiwilligkeit, Informiertheit und Bestimmtheit . . . . .	100
I. Freiwilligkeit . . . . .	101
1. Freiwilligkeit im Verhältnis der Subordination (Bürger – Staat) . . . . .	102
a) Wortlaut des Erwägungsgrunds: Vermutung der Unfreiwilligkeit . . . . .	103
b) Historische Auslegung . . . . .	104
c) Systematische Auslegung: Vergleich zu anderen (Parallel-)Rechtsakten . . . . .	105
d) Teleologische Auslegung – insbesondere Schutzbedürftigkeit . . . . .	106
e) Primärrechtskonforme Auslegung: Die Garantie des Art. 8 Abs. 2 S. 1 GRCh . . . . .	108
f) Zwischenergebnis . . . . .	110
2. Die Statistikbehörden im Besonderen – Vermutung für die Freiwilligkeit . . . . .	110
3. Zu den Grenzen staatlicher Verhaltenssteuerung am Beispiel von Anreizen (Incentives) . . . . .	112
II. Informiertheit . . . . .	115
III. Bestimmtheit . . . . .	118
1. Grundsatz: „für den bestimmten Fall“; „für [...] bestimmte Zwecke“ . . . . .	118
2. Privilegierung: Broad Consent für wissenschaftliche Forschungszwecke . . . . .	119

3. Zur Übertragbarkeit der Privilegierung auf statistische Zwecke . . . . .	120
D. Besondere Verarbeitungssituationen . . . . .	122
I. Verarbeitung sensibler Daten . . . . .	122
II. Einwilligung von Minderjährigen („Kinder“) . . . . .	124
III. Stellvertretung – Zur Zulässigkeit sog. Proxy-Interviews . . . . .	128
E. Kombinierte Erhebungen – datenschutzrechtliche Zulässigkeit . . . . .	130
F. Widerruf der Einwilligung – Das Recht und seine Folgen für die Statistik . . . . .	132
G. Ergebnis . . . . .	134
<i>§ 5. Gesetzliche Verarbeitungsbefugnisse</i> . . . . .	136
A. Gesetzliche Erlaubnistaatbestände (Art. 6 Abs. 1 DSGVO) . . . . .	137
I. Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung (Art. 6 Abs. 1 UAbs. 1 Buchst. c DSGVO) . . . . .	138
1. Rechtliche Verpflichtung . . . . .	138
2. Verpflichtungssadressat: der Verantwortliche . . . . .	140
3. Erforderlichkeit . . . . .	141
II. Wahrnehmung einer öffentlichen Aufgabe (Art. 6 Abs. 1 UAbs. 1 Buchst. e DSGVO) . . . . .	142
1. Wahrnehmung einer (öffentlichen) Aufgabe . . . . .	143
2. „im öffentlichen Interesse ...“ – Gemeinwohlbezug . . . . .	145
3. „... oder in Ausübung öffentlicher Gewalt“ . . . . .	146
4. Aufgabenübertragung . . . . .	148
5. Erforderlichkeit . . . . .	149
III. Abgrenzungsfragen . . . . .	151
IV. Ausgeschlossene oder nicht einschlägige Tatbestände . . . . .	152
1. Interessenabwägung (Buchst. f) . . . . .	153
2. Vertrag und vorvertragliche Maßnahmen (Buchst. b) . . . . .	154
3. Schutz lebenswichtiger Interessen (Buchst. d) . . . . .	155
B. Öffnungsklauseln für das mitgliedstaatliche Statistikrecht . . . . .	156
I. Begriff der Öffnungsklausel . . . . .	156
II. Typologie(n) . . . . .	158
III. Die Öffnungsklauseln des Art. 6 Abs. 2 und 3 DSGVO . . . . .	160
1. Systematik: Das „unklare“ Verhältnis der Öffnungsklauseln . . . . .	160
2. Reichweite der Öffnungsklauseln . . . . .	162
3. Einordnung in die Typologie . . . . .	164
C. Grundrechtsmaßstab im gestaltungsoffenen Bereich . . . . .	165
D. Anforderungen an mitgliedstaatliche Rechtsgrundlagen . . . . .	170
I. Gesetzesvorbehalt – insbesondere Form der Rechtsgrundlage . . . . .	172
1. Rechtsformoffenheit des Datenschutzsekundärrechts . . . . .	172

2. Vorgaben aus dem deutschen Verfassungsrecht – Parlamentsvorbehalt . . . . .	173
3. Einfach-rechtlicher Gesetzesvorbehalt im Statistikrecht (§ 5 BStatG) . . . . .	174
II. Regelungsdichte: Gebot der Normenklarheit und -bestimmtheit .	176
III. Grundsatz der Verhältnismäßigkeit . . . . .	179
1. Zweckfestlegung: „im öffentlichen Interesse liegendes Ziel“ .	180
2. Geeignetheit . . . . .	182
3. Erforderlichkeit . . . . .	183
4. Angemessenheit – Verhältnismäßigkeit im engeren Sinne . . . . .	185
IV. Ausblick: Methodenwechsel – Vom registergestützten Zensus zum Registerzensus . . . . .	188
E. Gesetzesfolgenabschätzung (Art. 35 Abs. 10 DSGVO) –	
Beispiel Statistikrecht . . . . .	192
I. Adressat der Regelung: Gesetzgeber . . . . .	193
II. Allgemeine Voraussetzungen . . . . .	194
III. Rechtsfolge: Handlungsalternativen des Gesetzgebers . . . . .	195
IV. Die Gesetzesfolgenabschätzung im Statistikrecht – Beispiel Zensus 2022 . . . . .	196
F. Ergebnis . . . . .	197
 <i>§ 6. Die Verarbeitung öffentlicher personenbezogener Daten – Beispiel Web Scraping</i> . . . . .	198
A. Anwendungsbeispiele . . . . .	199
B. Grundrechtlicher Rahmen . . . . .	203
C. Rechtmäßigkeit der Datenverarbeitung – Anforderungen des Datenschutzsekundärrechts . . . . .	208
I. Öffentliche Daten als (datenschutz-)rechtliche Kategorie . . . . .	209
II. Verbot mit Erlaubnisvorbehalt – Erfordernis einer Rechtsgrundlage? . . . . .	212
III. Rechtsgrundlagen im Einzelnen . . . . .	215
D. Ergebnis . . . . .	217

### Dritter Teil

#### Die Verarbeitung personenbezogener Daten zu statistischen Zwecken – Begriff, Garantien, Privilegien

 <i>§ 7. Die statistischen Zwecke im Datenschutzrecht</i> . . . . .	221
A. Statistikbegriff . . . . .	221
I. Statistik als Verarbeitung (Verfahren) . . . . .	222

II.	Statistik als Ergebnis: Beschreibung eines Massenphänomens . . . . .	223
1.	Information(en) oder auch Merkmale . . . . .	224
2.	Grundgesamtheit (Population) als Beobachtungsobjekt . . . . .	225
3.	Ziel: Beschreibung eines Massenphänomens . . . . .	226
III.	Synthese: eigener Definitionsvorschlag . . . . .	227
IV.	Vergleich zum Statistikbegriff des Grundgesetzes . . . . .	228
B.	Statistik als Verarbeitungszweck . . . . .	229
C.	Beschränkungen (amtliche Statistik; Verarbeitung im öffentlichen Interesse)? . . . . .	230
I.	Wortlaut und Systematik . . . . .	231
II.	Entstehungsgeschichte . . . . .	233
III.	Sinn und Zweck: Schutz personenbezogener Daten . . . . .	235
IV.	(Grund-)Rechte und berechtigte Interessen des privaten Datenverarbeiters . . . . .	236
V.	Nutzen der Datenverarbeitung: Wissenszuwachs für Staat und/oder Gesellschaft als Bedingung? . . . . .	238
VI.	Vergleich zu den wissenschaftlichen Forschungszwecken . . . . .	239
VII.	Zwischenergebnis . . . . .	241
D.	Weitere Voraussetzungen gemäß EG 162 S. 5 DSGVO? . . . . .	242
I.	Ergebnis der Verarbeitung: aggregierte Daten . . . . .	243
II.	Keine Maßnahmen oder Entscheidungen gegenüber einzelnen natürlichen Personen . . . . .	244
E.	Kumulierte Verarbeitungszwecke – „Infektionswirkung“ . . . . .	245
F.	Ergebnis . . . . .	248
 <i>§ 8. Geeignete Garantien (Sicherungsvorkehrungen)</i> . . . . .		249
A.	„Rechte und Freiheiten“ als Schutzgüter . . . . .	250
B.	Funktion: geeignete Garantien als Bedingung und Rechtfertigung des Statistikprivilegs . . . . .	253
C.	Anonymität und Anonymisierung . . . . .	255
I.	Zum Begriff der Anonymität . . . . .	255
1.	Anonymität aus Sicht des Datenschutzrechts: Wann sind Daten nicht (mehr) personenbezogen? . . . . .	256
2.	Anonymität aus Sicht des Statistikrechts . . . . .	258
a)	Innen- und Außenanonymisierung . . . . .	259
b)	Anonymitätsgrade . . . . .	260
aa)	Formale Anonymität . . . . .	261
bb)	Faktische Anonymität . . . . .	262
cc)	Absolute Anonymität . . . . .	264

3. Zwischenergebnis . . . . .	265
II. Vorrang der Anonymisierung (Art. 89 Abs. 1 S. 4 DSGVO) . . . . .	265
III. Vergleich zum (verfassungsrechtlichen) Gebot möglichst frühzeitiger (faktischer) Anonymisierung . . . . .	267
IV. Beispiel aus dem Bundesstatistikrecht: Anonymisierung durch Trennung und Löschung der Hilfsmerkmale? . . . . .	268
1. Merkmalskategorien: Erhebungs- und Hilfsmerkmale . . . . .	269
a) Begriff der Erhebungsmerkmale . . . . .	269
b) Begriff der Hilfsmerkmale . . . . .	270
2. Frühestmögliche Abtrennung der Hilfsmerkmale (§ 12 Abs. 1 S. 2 BStatG) . . . . .	271
3. Löschung der Hilfsmerkmale (§ 12 Abs. 1 S. 1 BStatG) . . . . .	272
4. Datenschutzrechtliche Einordnung . . . . .	273
IV. Ergebnis . . . . .	274
D. Pseudonymisierung . . . . .	275
I. Begriff der Pseudonymisierung . . . . .	275
II. Gebot möglichst frühzeitiger Pseudonymisierung (Art. 89 Abs. 1 S. 3 DSGVO)? . . . . .	277
III. Beispiel: Studienverlaufsstatistik . . . . .	278
IV. Ausblick: Die Identifikationsnummer (§ 1 IDNrG) als geeignetes Pseudonym? . . . . .	280
E. Weitere technische und organisatorische Maßnahmen (TOM) . . . . .	281
F. Besondere Sicherungsvorkehrungen der Bundesstatistik . . . . .	283
I. Statistische Geheimhaltung (§ 16 BStatG) . . . . .	284
1. Schutzziele: Wen oder was schützt das Statistikgeheimnis? . . . . .	285
a) Individualschutz: Schutz der statistischen Einheiten . . . . .	286
b) Schutz des Vertrauensverhältnisses zwischen befragten Personen und statistischen Ämtern . . . . .	287
c) Funktionsfähigkeit der amtlichen Statistik . . . . .	288
d) Zwischenergebnis und Synthese: doppelte Schutzrichtung . . . . .	289
2. Tatbestandliche Voraussetzungen . . . . .	290
a) Gegenstand des Statistikgeheimnisses: Was ist geheim zu halten? . . . . .	290
aa) „Einzelangaben über persönliche oder sachliche Verhältnisse [...]“ (Mikrodaten) . . . . .	290
bb) „[...], die für eine Bundesstatistik gemacht werden“ . . . . .	292
cc) Offenkundige Tatsachen? . . . . .	295
dd) Nicht: Rechtmäßigkeit der Verarbeitung („Verfügungsberechtigung“) . . . . .	295
b) Verpflichteter Personenkreis: Wen trifft die Geheimhaltungspflicht? . . . . .	296
c) Rechtsfolge („sind [...] geheimzuhalten“) . . . . .	297

d) Dauer der Geheimhaltungspflicht . . . . .	299
3. Ausnahmen von der Geheimhaltungspflicht	
(§ 16 Abs. 1 S. 3 BStatG) . . . . .	300
a) Einwilligung . . . . .	300
b) Einzelangaben aus allgemein zugänglichen Quellen	
mit Bezug zu einer öffentlichen Stelle . . . . .	303
c) Zusammenfassung der Einzelangaben in statistischen Ergebnissen (Aggregate) . . . . .	304
d) Keine Zuordenbarkeit zu befragten oder betroffenen Personen („absolute“ Anonymität) . . . . .	305
e) Ausnahme kraft besonderer Rechtsvorschrift . . . . .	307
4. Durchbrechungen der Geheimhaltung:	
Datenübermittlung und Datenzugang . . . . .	309
a) Übermittlung von Einzelangaben innerhalb des statistischen Systems (§ 16 Abs. 2 und 3 BStatG) . . . . .	309
b) Übermittlung von Einzelangaben an Gemeinden und Gemeindeverbände – kommunale Statistikstellen (§ 16 Abs. 5 BStatG) . . . . .	310
c) Übermittlung von Tabellen an oberste Bundes- oder Landesbehörden (§ 16 Abs. 4 BStatG) . . . . .	311
d) Datenzugang für die Wissenschaft (§ 16 Abs. 6 BStatG) . . . . .	313
e) Gemeinsame organisations- und verfahrensrechtliche Sicherungen . . . . .	315
f) Zwischenergebnis . . . . .	316
5. Folgen einer Geheimnisverletzung – insbesondere strafrechtlicher Schutz . . . . .	317
6. Zwischenergebnis . . . . .	318
II. Rückspielverbot . . . . .	319
1. Historischer Ursprung: „Nachteilsverbot“ . . . . .	320
2. Volkszählungsurteil: Vom „Nachteilsverbot“ zum „Rückspielverbot“ . . . . .	321
3. Folgerungen: Das Rückspielverbot als Schranken-Schranke des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung . . . . .	323
a) Rezeption des Volkszählungsurteils in der Literatur . . . . .	323
b) Stellungnahme: kein generelles und absolutes Rückspielverbot im Volkszählungsurteil . . . . .	324
c) Strengere Linie in der Entscheidung des BVerfG zum Zensus 2011? . . . . .	324
4. Beispiele aus dem einfachen Recht – insbesondere Themenkomplex „Zensus“ . . . . .	325
a) Zensusvorbereitung: Überprüfung der Daten im Steuerungsregister . . . . .	326

	<i>Inhaltsverzeichnis</i>	XIX
b) Mehrfachfallprüfung (§ 21 Abs. 4 ZensG 2022) . . . . .	327	
c) Übermittlung von Tabellen an oberste Bundes- und Landesbehörden: keine „Regelung von Einzelfällen“ . . . . .	328	
d) Eingeschränkte (gerichtliche) Überprüfung statistischer Ergebnisse (hier: Feststellung der amtlichen Einwohnerzahl) . . . . .	329	
e) Ausblick: Rückspielverbot und Registerensus . . . . .	330	
5. Rückspielverbot im europäischen Datenschutzrecht? . . . . .	331	
6. Zwischenergebnis . . . . .	332	
III. Organisationsrechtliche Sicherungen – Abschottungsgebot . . . . .	333	
1. Abschottung der Statistik als grundrechtliche Schutzvorkehrung . . . . .	334	
2. Die drei Dimensionen der Abschottung im einfachen Recht . . . . .	336	
a) Organisatorische Abschottung . . . . .	337	
b) Räumliche Abschottung . . . . .	339	
c) Personelle Abschottung . . . . .	341	
3. Vergleich zur Trennung der Verwaltungsbereiche im Registermodernisierungsgesetz . . . . .	344	
4. Zwischenergebnis . . . . .	345	
IV. Verbot der Reidentifizierung (§ 21 BStatG) . . . . .	345	
1. Entstehungsgeschichte und (datenschutz-)rechtliche Funktion . . . . .	346	
2. Tatbestandliche Voraussetzungen . . . . .	347	
a) Adressat der Regelung . . . . .	348	
b) Zusammenführung von Einzelangaben, um statistische Einheit(en) zu reidentifizieren . . . . .	348	
c) Außerhalb statistikrechtlich definierter Aufgaben . . . . .	349	
3. Strafbewehrung (§ 22 BStatG) . . . . .	350	
4. Zwischenergebnis . . . . .	351	
G. Ergebnis . . . . .	351	
<i>§ 9. Statistikprivileg – Ausnahmen für die Verarbeitung zu statistischen Zwecken</i> . . . . .	352	
A. Grundsatz der Zweckbindung . . . . .	353	
I. Grundlagen: Normative Konstruktion der Zweckbindung . . . . .	354	
1. Erstes Element: Festlegung eindeutiger und legitimer Zwecke . . . . .	355	
2. Zweites Element: Zweckbindung i. e. S. . . . .	356	
II. Ausnahme für die Weiterverarbeitung zu statistischen Zwecken . . . . .	358	
1. Voraussetzungen der Privilegierung . . . . .	358	
2. Fiktion der Zweckvereinbarkeit . . . . .	359	
3. Zwischenergebnis . . . . .	360	
III. Rechtsfolgen der fingierten Zweckvereinbarkeit . . . . .	361	
1. Kein Kompatibilitätstest gemäß Art. 6 Abs. 4 DSGVO . . . . .	361	

2. Erfordernis einer „neuen“ Rechtsgrundlage für die Weiterverarbeitung? . . . . .	362
a) Begründungserwägung des Gesetzgebers (EG 50 DSGVO) . . . . .	363
b) Entstehungsgeschichte: Kein Redaktionsversehen . . . . .	364
c) Systematik; Wertungswiderspruch . . . . .	366
d) Grundsatz der Rechtmäßigkeit; Schutz der betroffenen Person(en) . . . . .	367
e) Aber: Personenidentität des Verantwortlichen als Schranke . . . . .	369
f) Hilfsweise: Auffangfunktion des § 23 BDSG (Verarbeitung zu anderen Zwecken durch öffentliche Stellen) . . . . .	370
g) Zwischenergebnis . . . . .	372
IV. Vergleich zur Rechtsprechung des BVerfG zum Recht auf informationelle Selbstbestimmung . . . . .	372
1. Differenzierung zwischen Zweckbindung und Zweckänderung . . . . .	373
2. Maßstab: Vom Kriterium der Zweckvereinbarkeit zur hypothetischen Datenerhebung . . . . .	374
3. Anwendung auf die Datenverarbeitung der amtlichen Statistik (Sekundärstatistik) . . . . .	375
a) Zulässige Zweckänderung: Von der Verwaltung in die Statistik . . . . .	375
b) Unzulässige Zweckänderung: Von der Statistik in die Verwaltung („Zweckentfremdung“) . . . . .	378
V. Folgerungen: Zweckbindung und Once-only-Prinzip in der (Bundes-)Statistik . . . . .	379
VI. Ergebnis . . . . .	380
B. Grundsatz der Speicherbegrenzung . . . . .	381
I. Grundsatz: Begrenzung der Verarbeitungsdauer . . . . .	382
II. Ausnahme für die Verarbeitung zu statistischen Zwecken – Datenspeicherung „auf Vorrat“ . . . . .	384
1. Voraussetzungen der Ausnahmeverordnung . . . . .	384
a) Verarbeitung personenbezogener Daten zu statistischen Zwecken . . . . .	384
b) Ausschließlichkeit . . . . .	385
c) Vorbehalt geeigneter Garantien . . . . .	385
2. Rechtsfolge: Was heißt „längere“ Speicherung? . . . . .	386
a) Differenzierung zwischen Primär- und Sekundärzweck . . . . .	387
b) Differenzierung zwischen allgemeinen und konkreten Zwecken . . . . .	387
c) Anwendung auf die Datenverarbeitung der amtlichen Statistik . . . . .	388
3. Zwischenergebnis . . . . .	389

III. Vergleich und Abgrenzung zur „klassischen“ Vorratsdatenspeicherung (Telekommunikationsdaten) . . . . .	389
1. Erster Unterschied: Ort der Datenspeicherung . . . . .	390
2. Zweiter Unterschied: Zweck der Bevorratung . . . . .	391
3. Beispiel: Pilotdatenlieferung im Rahmen der Vorbereitung des Zensus 2022 – Kritik an der Entscheidung des BVerfG (1 BvQ 4/19) . . . . .	393
IV. Ergebnis . . . . .	394
C. Verarbeitung sensibler Daten . . . . .	395
I. Die Kategorie der sog. sensiblen Daten . . . . .	396
1. Unmittelbar sensible Daten . . . . .	397
2. Mittelbar sensible Daten („hervorgehen“) . . . . .	399
3. Mischdatensätze . . . . .	400
4. Vergleich zu den Datenkategorien des Statistikrechts . . . . .	401
II. Grund für die gesteigerte Schutzbedürftigkeit . . . . .	402
III. Regelungssystematik . . . . .	404
IV. Ausnahme(n) von dem Verarbeitungsverbot – Privilegierung für die Verarbeitung zu statistischen Zwecken . . . . .	405
1. Rechtsnatur und Systematik der Öffnungsklausel . . . . .	406
2. Angemessene und spezifische Maßnahmen . . . . .	407
3. Verhältnismäßigkeit . . . . .	409
4. Wesensgehalt des „Rechts auf Datenschutz“ . . . . .	409
5. Vergleich zur Generalklausel („erhebliches öffentliches Interesse“; Buchst. g) . . . . .	411
V. Rechtsgrundlagen im mitgliedstaatlichen Recht . . . . .	412
VI. Ergebnis . . . . .	413
D. Betroffenenrechte . . . . .	414
I. Grundrechtlicher Rahmen – Funktionen der Betroffenenrechte . . . . .	415
II. Systematik: Privilegierungen und Beschränkungen . . . . .	416
III. Unmittelbare Privilegierungstatbestände im Unionsrecht . . . . .	417
1. Informationspflicht bei indirekter Erhebung (Dritterhebung) . . . . .	417
a) Voraussetzungen und Systematik . . . . .	418
b) Ausnahme für die Verarbeitung zu statistischen Zwecken . . . . .	419
aa) Systematische Vorfragen . . . . .	419
bb) Grundtatbestand: Unmöglichkeit; unverhältnismäßiger Aufwand . . . . .	420
cc) Statistik als Regelbeispiel . . . . .	421
dd) Beispiel: Zensus 2022 (Übermittlung von Daten durch die Meldebehörden) . . . . .	422
c) Weitere Ausnahme für die amtliche Statistik: statistische Geheimhaltung? . . . . .	423
d) Zwischenergebnis . . . . .	424

2. Widerspruchsrecht . . . . .	425
a) Recht auf Widerspruch gemäß Art. 21 Abs. 1 DSGVO („Grundfall“) . . . . .	426
b) Widerspruch gegen die Verarbeitung zu statistischen Zwecken (Art. 21 Abs. 6 DSGVO): Privilegierung für Aufgaben im öffentlichen Interesse . . . . .	427
aa) Voraussetzungen des besonderen Widerspruchsrechts	427
bb) Ausnahme für die Statistik: Verarbeitung ist für die Wahrnehmung einer öffentlichen Aufgabe erforderlich	428
c) Verhältnis der beiden Widerspruchsrechte – Kollisionsregel	429
d) Zwischenergebnis . . . . .	431
3. Recht auf Löschung („Recht auf Vergessenwerden“) . . . . .	431
a) Grundkonzeption: Recht auf und Pflicht zur Löschung . . .	432
b) Ausnahme für die Verarbeitung zu statistischen Zwecken .	433
c) Zwischenergebnis . . . . .	434
4. Ergebnis . . . . .	434
IV. Ausnahmen kraft der Öffnungsklausel des Art. 89 Abs. 2 DSGVO – Beschränkungsmöglichkeiten des (mitgliedstaatlichen) Gesetzgebers . . . . .	435
1. Voraussetzungen der Öffnungsklausel . . . . .	436
2. Allgemeine Ausnahmen für Statistikzwecke (§ 27 Abs. 2 S. 1 BDSG) . . . . .	438
a) Regelungstechnik: Zur Kritik an der mitgliedstaatlichen Beschränkungsnorm . . . . .	439
b) Unmöglichkeit oder ernsthafte Beeinträchtigung, den Statistikzweck zu verwirklichen . . . . .	440
aa) Subjektive Unmöglichkeit . . . . .	440
bb) Ernsthaftige Beeinträchtigung . . . . .	441
c) Prognoseentscheidung („voraussichtlich“) . . . . .	442
d) Beschränkung ist im Einzelfall notwendig (Verhältnismäßigkeit) . . . . .	444
3. Anwendung auf die Datenverarbeitung zu statistischen Zwecken . . . . .	445
a) Auskunftsrecht . . . . .	446
b) Recht auf Berichtigung . . . . .	448
c) Widerspruchsrecht . . . . .	450
d) Recht auf Einschränkung der Verarbeitung . . . . .	453
aa) Tatbestandliche Voraussetzungen im Kontext der amtlichen Statistik . . . . .	453
bb) Rechtsfolgen: Einschränkung der Verarbeitung; Verarbeitung trotz Einschränkung . . . . .	454

4. Nicht: unverhältnismäßiger Aufwand gemäß § 27 Abs. 2 S. 2 BDSG (analog) . . . . .	455
5. Ergebnis . . . . .	457
<b>V. Weitere Beschränkungen der Betroffenenrechte</b>	
(Art. 23 DSGVO) . . . . .	458
1. Reichweite und Funktion der Öffnungsklausel . . . . .	458
2. Beschränkungstatbestände – amtliche Statistik als wichtiges Ziel des allgemeinen öffentlichen Interesses . . . . .	460
3. Beschränkbare Betroffenenrechte: insbesondere Informationspflicht gem. Art. 13 DSGVO . . . . .	462
<b>VI. Ergebnis . . . . .</b>	<b>464</b>

## Vierter Teil Entwicklungen der amtlichen Statistik

<b>§ 10. Trusted Smart Statistics –</b>	
<b>Datenschutzrechtliche Herausforderungen . . . . .</b>	<b>469</b>
<b>A. Trusted Smart Statistics: ein entwicklungsoffenes Konzept . . . . .</b>	<b>469</b>
I. Begriffliche Annäherung: Was sind Trusted Smart Statistics? . . . . .	470
II. Gestaltungsprinzipien („design principles“) . . . . .	472
III. Das Forschungsprojekt „ESSnet Smart Surveys“ . . . . .	474
IV. Anwendungsfälle („Use Cases“) . . . . .	476
<b>B. Datenschutzrechtliche Herausforderungen –</b>	
<b>ausgewählte Probleme . . . . .</b>	<b>478</b>
I. Absolute Verarbeitungsgrenzen – Schutz vor digitaler (Selbst-)Vermessung . . . . .	479
II. Rechtmäßigkeit der Datenverarbeitung – Die Einwilligung im Kontext von „Smart Surveys“ . . . . .	481
1. Funktion und Legitimationskraft der Einwilligung . . . . .	481
2. Informierte und freiwillige Willensbekundung – Zur Verhaltenssteuerung durch „Gamification“ . . . . .	481
3. Einwilligungsdesign – Grenzen der Gestaltung (insbesondere „Dark Patterns“) . . . . .	483
III. Grundsatz der Datenminimierung . . . . .	484
IV. Grundsatz der Integrität und Vertraulichkeit; Datensicherheit . . . . .	486
<b>V. Grundsatz der Transparenz . . . . .</b>	<b>489</b>
1. Allgemeines: Transparenz schafft Vertrauen . . . . .	490
2. Konkretisierung durch die Betroffenenrechte . . . . .	491
3. Transparenz durch Design („Technikgestaltung“) . . . . .	492
4. Transparenz durch Visualisierung („standardisierte Bildsymbole“) . . . . .	494

5. Transparenz durch Gamification? . . . . .	495
6. Anforderungen an die Transparenz beim Einsatz algorithmischer Systeme . . . . .	496
VI. Einbindung externer IT-Dienstleister – Auftragsverarbeitung . . . . .	498
1. Auftragsverarbeitung: Begriff und Abgrenzung . . . . .	499
2. Auswahlverantwortung . . . . .	501
3. Rechtliche Grundlage . . . . .	502
a) Vertrag . . . . .	503
b) Anderes Rechtsinstrument . . . . .	504
4. Weisungsgebundenheit des Auftragsverarbeiters . . . . .	506
5. Statistische Geheimhaltung als Schranke für die Auftragsverarbeitung . . . . .	507
6. Private Auftragsverarbeiter und der „Grundsatz digitaler Souveränität“ . . . . .	510
a) Statistik bzw. Informationsvorsorge als obligatorische Staatsaufgabe? . . . . .	510
b) Gewährleistungsverantwortung . . . . .	512
aa) Gewährleistungsverantwortung nach innen: Funktionsfähigkeit der amtlichen Statistik . . . . .	512
bb) Gewährleistungsverantwortung nach außen: effektiver Grundrechtsschutz . . . . .	514
c) Vertrauen . . . . .	516
aa) Vertrauen in den staatlichen Einsatz digitaler Informationstechnologien . . . . .	517
bb) Vertrauen in die amtliche Statistik . . . . .	518
cc) Zur Vertrauenswürdigkeit privater IT-Dienstleister – Vergleich zur Finanzverwaltung . . . . .	520
d) Zwischenergebnis . . . . .	523
7. Ergebnis . . . . .	523
VI. Datenübermittlungen in Drittländer . . . . .	524
1. Anwendungsbereich: Übermittlung personenbezogener Daten in ein Drittland . . . . .	525
2. Zulässigkeit gemäß Art. 44 ff. DSGVO – Systematik und Rechtsgrundlagen . . . . .	526
3. Sonderfall: Datenübermittlung in die USA . . . . .	527
C. ePrivacy – Schutz der Privatsphäre in Endeinrichtungen . . . . .	528
D. Ergebnis . . . . .	531
Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse in Thesen . . . . .	533
Literaturverzeichnis . . . . .	549
Sachverzeichnis . . . . .	575